

Stellungnahme / Antwort

zu Antrag-/Anfrage Nr. **AF/0038/2011**

der Stadtratssitzung am 19.05.2011

Punkt: ö.S. / nö.S.

Betr.: Antwort zur Anfrage der FDP-Fraktion zur Nordtangente

Stellungnahme/Antwort

1. *Wann erhielt die Stadt Koblenz die entsprechenden Vorschläge?*
2. *Welche Maßnahmen/Abstimmungen wurden bisher seitens der Verwaltung eingeleitet?*
3. *Wann wurden diese Maßnahmen eingeleitet?*

Zu den Fragen 1 – 3:

Bereits seit Januar 2010 unterstützt die Verwaltung konstruktiv die Suche des LBM nach alternativen Kompensationsflächen für das Projekt Nordtangente. Hierbei hat es einen intensiven Austausch zwischen den beteiligten Sachgebieten gegeben. Im Ergebnis wurden dem LBM konkrete Flächenvorschläge von der Verwaltung unterbreitet, die dort intern sowie mit der oberen Naturschutzbehörde (ONB) und angrenzenden Planverfahren abzustimmen waren. Das Anschreiben des LBM mit der Bitte, der fachlich abgestimmten Verlegung einer Teilkompensationsfläche auf ein konkretes städtisches Grundstück schriftlich zuzustimmen, ging bei der Verwaltung am 28.03.2011 ein.

4. *Welche Gründe liegen evtl. vor, dass (wenn nicht inzwischen geschehen) noch kein Abschluss erfolgte und eine Antwort an LBM erging?*
5. *Wann ist (wenn nicht inzwischen geschehen) mit einem Abschluss zu rechnen?*

Zu den Fragen 4 und 5:

Das für Grundstücksangelegenheiten zuständige Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement (Amt 62) hat am 20. April 2011 die zuständige Fachstelle beim LBM per Email darüber informiert, dass gegen die Verlegung eines Teils der Kompensationsfläche auf das städtische Grundstück Gemarkung Rübenach, Flur 3, Nr. 1573/35, An der Brückerbach keine Bedenken bestehen.

6. *Wieso erfolgte über diese seit Ende 2010 vorliegende Änderung/wichtige Neuerung keine Information an den FBA IV?*

Zu Frage 6:

Die Verlegung der Kompensationsfläche ist eine Vereinbarung aus dem Planfeststellungsverfahren des LBM und betrifft die Stadtverwaltung nur indirekt. An der Alternativensuche hat sich die Verwaltung aber seit Anfang 2010 konstruktiv im Rahmen der laufenden Verwaltung beteiligt.

Da erst seit Ende März vom LBM ein Vorschlag vorgelegt wurde, konnte die Stadt erst anschließend (20.04.2011) ihr Einverständnis erklären. Aufgrund der untergeordneten Bedeutung dieser marginalen Planänderung hat die Verwaltung keine Notwendigkeit zur Unterrichtung gesehen.